Abendausgabe

Nr. 327 ♦ 44. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 161

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Mittwoch
13. Juli 1927

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszeit 8½ bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 – 297

Das Erdbeben von Palästina.

Bisher über 1000 Todesopfer. – Die Stadt Nablus völlig zerstört.

Die neuesten Berichte über den Umfang des Erdbebens in Palästina und Transjordanien lassen erkennen, daß es sich um eine Naturkatastrophe von größtem Ausmaß handelt. Menschenverluste und Materialschaden sind überaus schwer. Ganze Ortschaften und Städte sind zerstört worden. Die Zahl der Toten wird 1000 weit übersteigen. Die Nachrichten laufen zunächst nur spärlich zusammen, ein Gesamtüberblick darüber, welchen Schaden insgesamt das Erdbeben angerichtet hat, ist zurzeit noch nicht möglich.

Am schwersten scheint neben Jerusalem die Stadt Nablus betroffen worden zu sein.

Ueber die Ursachen des Erdbebens werden allerlei Vermutungen angestellt, es scheint jedoch, daß es sich um ein tektonisches Beben handelt.

Im Gebiet von Damaskus wurde gestern früh ein neues Erdbeben verspürt, das sechs Sekunden andauerte, aber keinen weiteren Schaden anrichtete.

Schwer betroffen wurden auch die jungen zionistischen Siedlungen in Palästina. Die wirtschaftlichen Wirkungen des Erdbebens sind noch nicht abzusehen. Nach Berichten englischer Blätter soll das Erdbeben das Ende vieler zionistischer Siedlungen bedeuten, zahlreiche zionistische Ansiedler trügen sich bereits mit der Absicht, nach ihren alten Heimstätten zurückzukehren.

Die Trümmerstätte Nablus.

Jerusalem, 13. Juli. (WTB.) Die vom Erdbeben heimgesuchte Stadt Nablus bietet ein furchtbares Bild der Zerstörung. Die Stadt gleicht einer Trümmerstätte; viele Häuser sind gänzlich zusammengestürzt, andere scheinen wie durch ein Wunder zusammengehalten, kein einziges Haus ist ganz verschont geblieben. Die Geschäftsstraßen sind verödet, nur hin und wieder tauchen verschüchterte Gestalten auf, die ihre Kamele oder Esel mit dem etwa noch geretteten Hausrat beladen. Die Bevölkerung hat außerhalb der Stadt in Zelten eine notdürftige Unterkunft gefunden, wo die Leute in Mitleid erregenden Gruppen zusammenhocken. Unter Leitung der englischen Polizei ist man inmitten der Einsturzgefahr an der Arbeit, um aus den Trümmern noch Verschüttete zu retten. Die Haltung der Toten zeigt, daß sie bei ihrer gewohnten Beschäftigung vom Tode überrascht worden sind. Nach behördlichen Schätzungen hat das Erdbeben in Palästina über 150 und im Lande jenseits des Jordan etwa 100 Tote gefordert. Verletzt sind über 500 Menschen. Europäer befinden sich nach den bisherigen Meldungen nicht unter ihnen.

*

Nablus, das Sichem der Bibel, liegt etwa 60 Kilometer nördlich von Jerusalem, auf der Wasserscheide zwischen dem Mittelmeer und dem Jordan. Es hat etwa 30 000 Einwohner und liegt in fruchtbarer Gegend.

Auch Transjordanien heimgesucht.

London, 13. Juli. (EP.) Nach Meldungen aus Jerusalem forderte das Erdbeben in Palästina nach den bisherigen Feststellungen 108 Todesopfer und 355 Verwundete. Am meisten gelitten haben die Städte Nablus, Ramleh und Lupa.

Nach einer Meldung des „Exchange Telegraph" aus Kairo hat das Erdbeben auch Transjordanien schwer heimgesucht, wo, nach allerdings noch nicht bestätigten Meldungen, etwa 1000 Personen umgekommen sein sollen. Weniger groß ist der Schaden in Syrien, obgleich sich dort das Erdbeben auf das ganze Gebiet des Landes erstreckte. Es hat dort meist nur 1½ Minuten gedauert. In Sueida, Esraa und Doraa sind mehrere Häuser eingestürzt. Der Eisenbahnzug von Gaissa nach Doraa ist in der Nähe von Makerino infolge eines Erdstoßes entgleist.

Das Recht der Erwerbslosen.

Aus dem Gesetz über Arbeitslosenversicherung.

Von S. Aufhäuser.

Die noch vor den Sommerferien des Reichstags beschlossene Arbeitslosenversicherung tritt am 1. Oktober 1927 in Kraft; mit demselben Tage werden das bisherige Arbeitsnachweisgesetz und die aus der Zeit der Ermächtigungsverordnungen stammende Erwerbslosenfürsorge und die dazu gehörigen Ergänzungsverordnungen, ebenso auch die Krisenfürsorge (Gesetz vom November 1926) aufgehoben. Damit beginnt im neuen Deutschland die ordentliche Gesetzgebung für eine obligatorische staatliche Arbeitslosenhilfe und eine zentral über das ganze Reich geregelte Arbeitsmarktorganisation. Soweit es sich um den besonderen Schutz der am 1. Oktober 1927 bereits arbeitslosen Arbeiter und Angestellten handelt, sind besondere Uebergangsbestimmungen getroffen, die bis zum 1. April 1928 laufen.

Die neue Versicherung erstreckt sich auf alle Arbeiter mit Ausnahme der in der Land- und Forstwirtschaft mit langfristigen Dienstverträgen Beschäftigten und unter Ausschluß der Arbeitnehmer in der Binnen- und Küstenfischerei. Bei den Angestellten erstreckt sich der Versichertenkreis auf die in der Angestelltenversicherung Pflichtversicherten (bis 500 M. Monatsgehalt). Versicherungsfrei sind die Lehrlinge, doch erlischt die Versicherungsfreiheit 6 Monate vor Ablauf des Lehrverhältnisses.

Die Mittel zur Durchführung der Arbeitslosenunterstützung und der sonstigen Aufgaben der neuen Reichsanstalt werden durch Beiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgebracht. Die Einziehung der Beiträge erfolgt durch die Krankenkassen. Soweit die Versicherten der Schiffsbesatzung für den Fall der Krankheiten pflichtversichert sind, werden die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung mit den Beiträgen zur Invalidenversicherung an die Seekasse abgeführt. Der Beitrag besteht aus einem Landes- und einem Reichsanteil, wird aber einheitlich erhoben, wobei der Reichshöchstsatz einschließlich Landesanteil mit 3 Proz. vom Arbeitslohn begrenzt ist. Eine niedrigere Beitragsbemessung kann solange nicht festgesetzt werden, als der Notstock nicht mindestens die Gesamtsumme erreicht hat, die zur Unterstützung von 600 000 Arbeitslosen für drei Monate erforderlich ist. Für die Bemessung der Beiträge und der Leistungen sind die folgenden elf Lohnklassen geschaffen:

Lohnklasse	Wöchentlicher Arbeitsentgelt	Einheitslohn	Hauptunterstützung	
I	bis 10 M.	8 M.	75 Proz.	vom Einheitslohn
II	10 bis 14 „	12 „	65 „	
III	14 „ 18 „	16 „	55 „	
IV	18 „ 24 „	21 „	47 „	
V	24 „ 30 „	27 „	40 „	
VI	30 „ 36 „	33 „	40 „	
VII	36 „ 42 „	39 „	37,5 „	
VIII	42 „ 48 „	45 „	35 „	
IX	48 „ 54 „	51 „	35 „	
X	54 „ 60 „	57 „	35 „	
XI	von mehr als 60 „	63 „	35 „	

Für die Feststellung der Lohnklasse ist der Durchschnittslohn aus den letzten drei Monaten maßgebend. Hat z. B. ein Arbeiter 15 M. Wochenlohn bezogen, so hatte er die Beiträge zur Lohnklasse III (14—18 M. Wochenlohn) entrichten müssen; er erhält im Fall der Arbeitslosigkeit 55 Proz. vom Einheitslohn seiner Klasse III, d. h. von 16 M. = 8,80 M. wöchentliche Unterstützung.

Als Familienzuschlag werden für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen weitere 5 Proz. des Einheitslohnes gezahlt. Hauptunterstützung und Familienzuschläge dürfen zusammen die nachstehenden Höchstsätze nicht überschreiten:

Klasse I: 80 Proz.; Klasse II: 80 Proz.; Klasse III: 75 Proz.; Klasse IV: 72 Proz.; Klasse V: 65 Proz.; Klasse VI: 65 Proz.; Klasse VII: 62,5 Proz.; Klasse VIII: 60 Proz.; Klasse IX: 60 Proz.; Klasse X: 60 Proz.; Klasse XI: 60 Proz.

Bei der Gewährung der Familienzuschläge sind die unehelichen Kinder den ehelichen Kindern gleichgestellt, ebenso gelten Stief- und Pflegekinder als zuschlagsberechtigte Angehörige.

Die Anwartschaftszeit zum Bezug der Unterstützung ist erfüllt, wenn der Arbeitslose innerhalb der zwölf vorausgegangenen Monate 26 Wochen in einer versicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat. Ausnahmen gelten für Arbeitslose, die vorher durch Ausbildung, Berufsumschulung oder durch Krankheit, Schwangerschaft usw. verhindert waren, eine Beschäftigung auszuüben. Die Unterstützungsdauer beträgt gleichfalls 26 Wochen. Die Arbeitslosenunterstützung wird in der Regel vom 7. Tag seit dem Tag der Meldung gewährt, doch sind auch hier Ausnahmen für die sofortige Auszahlung der Unterstützung vorgesehen.

Für die am 1. Oktober bereits vorhandenen Arbeitslosen, denen die Unterstützung fortgewährt wird, genügt eine Anwartschaftszeit von nur 13 Wochen. Wenn ein solcher Arbeitsloser nach dem neuen Gesetz eine höhere Unterstützung zu beanspruchen hat als nach der bisherigen Erwerbslosenfürsorge, so müssen ihm die höheren Sätze spätestens ab 1. Dezember 1927 ausgezahlt werden. Er darf auf keinen Fall

Preußen und die Zollvorlage.

Kein Einspruch im Reichsrat.

Die Hoffnung, daß die Wucherzölle der Reichsregierung durch einen Einspruch des Reichsrats unwirksam werden könnte, hat getrogen. Wie wir hören, beabsichtigt Preußen lediglich durch Erklärungen vor der Ländervertretung noch einmal seine Bedenken gegen die neue Zollregelung zum Ausdruck zu bringen. Ein formeller Einspruch wird nicht beantragt werden, weil infolge der veränderten Haltung einiger Freistaaten eine Mehrheit für ihn nicht zu erzielen ist. Nicht nur Bayern, das aus taktischen Gründen früher gegen die Zollvorlage gestimmt hat, ist inzwischen aus Freundschaft für den Rechtsblock in die Front der Zollwucherer eingeschwenkt, auch Baden hat seine frühere Ablehnung revidiert und es ist obendrein wahrscheinlich, daß Sachsens Vertreter von der dortigen Rechtsregierung neue Anweisungen erhalten haben, der Rechtsregierung keine Schwierigkeiten zu machen. Unter diesen Umständen ist für einen Einspruch im Reichsrat keine Mehrheit zu erzielen. Würde der Einspruch beantragt und abgelehnt werden, so wäre das gleichbedeutend mit einer Demonstration, deren Mißerfolg sich gegen die Demonstranten selbst richtet. Das kann niemand wollen.

Aber nimmt man selbst an, daß eine Zufallsmehrheit im Reichsrat für einen Einspruch erreicht werden könnte, so würde dieses Ergebnis im gegenwärtigen Stadium sich gegen die Wünsche der Zollgegner richten. Die Reichsregierung hat nämlich mit aller Bestimmtheit erklärt, daß sie dann die autonomen Sätze der Vorlage von 1925, und zwar ohne die darin enthaltenen Ermäßigungen in Kraft setzen würde. Ob sie dafür eine genügende Rechtsgrundlage hat, mag dahingestellt bleiben. Man weiß doch, daß selbst in wichtigen Fragen die Reichsregierung über juristische Zwirnsfäden nicht gestolpert ist. Hätte sie jedenfalls diese Absicht durchgeführt, so wäre das allgemeine Niveau der Nahrungsmittelzölle noch höher als nach den Sätzen des jetzigen Kompromisses. Eine solche Schädigung der Verbraucher kann natürlich eine Regierung, die wie die preußische auf die Interessen der großen Volksmassen Rücksicht nehmen muß und deren Wirken nicht nach Demonstrationen, sondern nach Erfolgen beurteilt wird, keinesfalls verantworten.

Einige Aussicht hätte ein Einspruch gehabt — vorausgesetzt, daß er angenommen worden wäre — wenn man damit den Reichstag zu einer neuen Beschlußfassung hätte zwingen können. Aber der Rechtsblock hatte von vornherein und, wie man jetzt sagen muß, mit Erfolg darauf hingearbeitet, eine derartige Auseinandersetzung zu verhindern. Er hat die nach dem Zeugnis Stegerwalds unlogischen und unpopulären Wucherzölle erst in einem Augenblick den parlamentarischen Körperschaften vorgelegt, in dem eine sachliche Erledigung nicht mehr in Betracht kam. Eine neue Sommertagung wäre entweder überhaupt nicht oder nur mit schwach besetztem Hause zustande gebracht worden. Unter diesen Umständen war mit Obstruktionsversuchen zu rechnen, deren Ergebnis wieder nur in der Inkraftsetzung der alten Vorlage bestanden hätte. Das aber mußte auf jeden Fall verhindert werden.

Daß die Lösung die breiten Verbrauchermassen nicht befriedigen kann, ist selbstverständlich. Anstatt aber der preußischen Regierung daraus Vorwürfe zu machen, daß sie eine weitere Verschlechterung der Zollpolitik aus dem Wege zu gehen sucht, wird man besser alle Kraft darauf konzentrieren müssen, daß der Reichstag bei den nächsten Wahlen eine zollgegnerische Mehrheit erhält. Dann wird es mit dem Zollwucher bald zu Ende sein. Die Sozialdemokratie wird in diesem entscheidenden Kampf gegen die Schutzzölle die Führung übernehmen und überläßt die demagogische Ablenkung von den wirklichen politischen Problemen gern den Moskowitern, die bereits wieder nach Massenaktionen schreien.

Senat und Wahlreform.

Sie soll heute unverändert verabschiedet werden.

Paris, 13. Juli. (TU.) Die vom Senat eingesetzte Sonderkommission für die Wahlreform beschloß nach Ausführungen des Innenministers Sarraut mit 16 gegen 1 Stimme, den Senat um unveränderte Ratifizierung des von der Kammer angenommenen Kreiswahlrechts in seiner heutigen Sitzung zu ersuchen. Auch die linksdemokratische Senatsgruppe sprach sich für die unveränderte Annahme der Wahlreform aus.

Ein wehrhafter Antifaschist freigelassen.

Paris, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die italienische Regierung hatte in Paris den Antrag auf Auslieferung eines jungen Mannes gestellt, der in Padua bei Zusammenstößen zwischen Faschisten und Antifaschisten einen Faschisten getötet hatte und dann nach Paris geflüchtet war. Die zuständige Justizbehörde hat jetzt die Auslieferung verweigert und die Freilassung des Flüchtigen verfügt. Der „Populaire" bezeichnet die Entscheidung als eine gute Lektion für Mussolini, der endlich aufhören möge, ununterbrochen Auslieferungsanträge zu stellen.

Helft Sachsen!

Die Not ist groß. — Ein Aufruf der Notgemeinschaft.

Auf zahlreiche Anfragen teilt die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 62, mit, daß die Sendung von Kleidungsstücken und haltbaren Lebensmitteln für die Opfer der sächsischen Hochwasserkatastrophe dringend erwünscht ist.

Es wird gebeten, derartige Spenden unmittelbar an das sächsische Arbeits- und Wohlfahrtsministerium, Dresden N. 6, Düppelstraße 1, zu senden. Die zur Verfügung gestellten Reichs- und Staatsmittel können selbst zur Linderung der ersten Not nicht ausreichen, da der Gesamtschaden auf 90 bis 100 Millionen Mark geschätzt wird.

Die deutsche Nothilfe bittet jeden, der die erschütternden Berichte aus dem Unglücksgebiet gelesen hat, nach seinen Kräften dazu beizutragen, den von der Katastrophe Betroffenen zu helfen.

Geldspenden nehmen die Reichsbank, die vier D-Banken, die Commerz- und Privatbank mit ihren Filialen sowie die Girozentrale mit den ihr angeschlossenen öffentlichen Kassen entgegen. Postscheckkonto Berlin 160 000.

weniger als bisher bekommen. Die Unterstützungsdauer kann bei diesen unter die Uebergangsbestimmungen fallenden Arbeitslosen über 26 Wochen bis 39 und bis 52 Wochen betragen.

Für den Bezug der Arbeitslosenunterstützung besteht jetzt durch die neue Arbeitslosenversicherung ein Rechtsanspruch, so daß die Bedürftigkeit in Wegfall kommt. — Die Kurzarbeiterunterstützung kann durch den Verwaltungsrat der Reichsanstalt mit Zustimmung des Reichsarbeitsministers angeordnet werden.

Für die ausgesteuerten Arbeitslosen ist eine Krisenunterstützung vorgesehen, die aber rechtlich nicht den Charakter der Versicherung trägt. Der Reichsarbeitsminister ist durch das Gesetz verpflichtet, die Krisenunterstützung einzuführen, wenn eine andauernd besonders ungünstige Arbeitsmarktlage gegeben ist. Bei der Krisenunterstützung ist im Gegensatz zur Versicherung die Pflichtarbeit nicht abgeschafft. Es ist aber vorgesehen, daß „regelmäßige Arbeiten, die fortlaufende Tätigkeit eines Arbeitnehmers beanspruchen, nicht im Wege der Pflichtarbeit ausgeführt werden dürfen".

Organisatorisch handelt es sich bei der Arbeitslosenversicherung um eine Reichsorganisation, die in ihrer Gliederung nicht an die politischen Verwaltungsgrenzen der Länder gebunden ist. Träger der gesamten Versicherung ist eine neu zu schaffende Reichsanstalt, der wiederum zur Durchführung als eigene Organe Landesarbeitsämter und Arbeitsämter zur Verfügung stehen. Die Selbstverwaltungsorgane bei der Reichsanstalt bestehen in einem Vorstand und einem Verwaltungsrat. Die Landesarbeitsämter und die Arbeitsämter haben für die Selbstverwaltung besondere Verwaltungsausschüsse. Soweit es sich um die Fragen der Arbeitsvermittlung handelt, bestehen die Selbstverwaltungskörper aus je einem Drittel Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vertreter der öffentlichen Körperschaften. In den Fragen der Arbeitslosenversicherung scheiden die öffentlichen Körperschaften aus. Dort besteht die Selbstverwaltung aus einer gleichen Zahl von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Die Aufsicht der Reichsregierung ist auf bestimmte Befugnisse beschränkt. So hat vor allem der Verwaltungsrat die Satzungen der Reichsanstalt und die Regelung der Geschäftsführung selbständig ohne irgendwelche Einflußnahme der Reichsregierung zu beschließen und anzuordnen.

Für Streitfragen aus der Versicherung sind Spruchausschüsse bei den Arbeitsämtern, Spruchkammern bei den Landesarbeitsämtern und ein Spruchsenat beim Reichsversicherungsamt vorgesehen. Sie sind paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzt.

Die Arbeitskräfte werden in der neuen Organisation allgemein auf Privatdienstvertrag angestellt. Eine zwingende Bestimmung zur Beschäftigung von Beamten besteht nur hinsichtlich des Präsidenten der Reichsanstalt, der Vorsitzenden der Landesarbeitsämter, der Arbeitsämter, sowie deren Stellvertreter.

Ein „S" weniger.

Umtaufe des sächsischen Rechtssplitters.

In Dresden hielten am Sonntag die aus der Partei ausgeschiedenen Anhänger der Gruppe Heldt-Buck-Nieckisch einen Parteitag ab, auf dem Niekisch das Hauptreferat hatte. Der Parteitag beschloß einstimmig, den alten Namen „ASPS." — Alte Sozialdemokratische Partei Sachsens — in „ASP." umzuändern, womit, wie das Organ der Partei, der Dresdener „Volksstaat", versichert, eine „lästige Schranke gefallen" ist. Dadurch wird freilich nichts daran geändert, daß die jetzige ASP. eine Pflanze ist, die nur auf sächsischem Boden, und auch dort nur recht kümmerlich, gedeiht. Wenn von den vier Buchstaben der ASPS. einer verschwunden ist, so ist das keine besonders wichtige Angelegenheit und Anfang einer Entwicklung höchstens in dem Sinne, daß auch die übriggebliebenen drei bald verschwinden dürften. Zum Ueberfluß sei ganz deutlich gesagt, daß in der sozialistischen Arbeiterbewegung außerhalb Sachsens ein Bedürfnis, sich von Niekisch theoretisch belehren zu lassen, in keiner Weise besteht.

Eine lehrreiche Abstimmung.

Bäckereiverordnung, Sonntagsruhe und Klasseninteresse.

Die Verschlechterung der Bäckereiverordnung, die der Bürgerblock im Reichstag beantragt hatte, ist in der letzten Sitzung des Reichstages in der Schlußabstimmung mit 257 Stimmen der bürgerlichen Parteien gegen 142 Stimmen der Linken angenommen worden. Es ist nicht gelungen, die Aufhebung des Achtstundentages im Bäckereigewerbe zu verhindern.

Dagegen gelang es der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die Aufhebung der Sonntagsruhe zu verhindern. In namentlicher Abstimmung wurde diese Bestimmung des Gesetzentwurfes zur Abänderung der Bäckereiverordnung mit 209 gegen 190 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt. 57 Abgeordnete der Koalitionsparteien haben gegen den Bürgerblockantrag für die Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe gestimmt.

Eine Prüfung der Zusammenstellung über die namentliche Abstimmung läßt klar erkennen, unter welchem Gesichtspunkt diese Abstimmung erfolgt ist. Auf der einen Seite das Klasseninteresse der Arbeiterschaft und der religiöse Gesichtspunkt bei der Aufrechterhaltung der Sonntagsruhe — auf der anderen Seite agrarisch-mittelständlerischer Klassenegoismus und die Mißachtung der Rechte der Arbeiterschaft.

Die **Deutsche Volkspartei**, die Partei der Unternehmer hat geschlossen für die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt mit Ausnahme der beiden Abgeordneten Thiel und Winnefeld. Thiel ist Vorstandsmitglied des Gesamtverbandes deutscher Angestelltengewerkschaften, Winnefeld ist Bergmann.

Von der **Deutschnationalen Volkspartei** haben 6 von 111 Abgeordneten gegen die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt. Es sind die Abgeordneten Frau Behm, Hauptvorsitzende des Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen, Behrens, vom Zentralverband der Landarbeiter, Hartwig, Arbeitersekretär, Hülser, Gewerkschaftssekretär, Dr. Mumm, der alte Christlich-Soziale, und Sauer-Westfalen.

Vom **Zentrum** haben 37 Abgeordnete, darunter alle Arbeitervertreter, gegen die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt, 23 für die Aufhebung der Sonntagsruhe. Diese 23 sind: Allekotte, Oberpostinspektor; Beck-Oppeln, Landwirt; Bornefeld, Landwirt; Buchholz, Regierungsdirektor; Crone-Münzebrock, Landwirt; Damm, Landwirt; Diez, Landwirt; Esser, Genossenschaftsleiter; v. Guérard, Oberregierungsrat; Herold, Landesökonomierat; Hoffmann-Ludwigshafen, Oberlehrer; Klöckner, Großindustrieller; Frau Neuhaus, Vorsitzende des katholischen Fürsorgevereins; Neumann, Landrat; Reyses, Landwirt; Rientimp, Syndikus mittelständlerischer Verbände; Perlitius, Landwirt; Schetter, Landgerichtsdirektor; Schulz-Gahmen, Gutsbesitzer; Sinn, Kaufmann; Steiger, Oekonomierat; Wegmann, Ministerialrat. Von den 23 Zentrumsabgeordneten, die für die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt haben, sind also 12 Landwirte, 2 Mittelständler, 1 Großindustrieller und 6 Beamte.

Von der **Bayerischen Volkspartei** haben 12 Abgeordnete aus vorwiegend religiösen Gründen gegen die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt, sechs jedoch dafür. Diese sechs sind: Gerauer, Bauer; Herbert, Bauer; Lang, Bauer; Loibl, Buchdruckereidirektor; Merck, Gutsbesitzer; Röder-Franken. Von diesen sechs sind also vier Landwirte.

Soweit die Abstimmung der Parteien des Bürgerblocks. Noch ein Wort über die **Demokraten**. Sie haben sich bei dieser Abstimmung vollständig gespalten, sieben Abgeordnete haben gegen die Aufhebung der Sonntagsruhe gestimmt, neun unter Führung des Abg. Bartschat, Mittelständler und Klempnerinnungsobermeister, dafür.

Bei dieser Abstimmung, bei der kein Fraktionszwang ausgeübt wurde und jeder einzelne nicht nur vor sich, sondern auch vor dem Lande und seinen Wählern vor eigener persönlicher Verantwortung stand, haben sich die Geister in überraschender Schärfe nach Klasseninteressen geschieden. Auf der einen Seite die Vertreter der Arbeiterschaft und jene Politiker, die um ihrer Wählerschaft willen Rücksicht auf die Arbeiterschaft nehmen müssen — auf der anderen Seite kleinlichster Klassen- und Ständeegoismus, der sich wie in den Reihen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei selbst über religiöse Bedenken hinwegsetzt.

Wüste Karolyi-Hetze.

Es sollen wohl nur ungarische Faschisten nach Deutschland dürfen.

Mehrere Berliner Rechtszeitungen ergehen sich heute wie auf ein verabredetes Stichwort in wüsten Schmähungen gegen den Führer der ungarischen Oktoberevolution, den Grafen Michael Karolyi, der angeblich in Berlin eingetroffen ist. Alle die albernen und längst widerlegten fügenhaften Beschuldigungen, die man gegen diesen aufrechten Mann erhoben hat, werden wieder hervorgeholt: er soll den Dolchstoß gegen die österreichisch-ungarische Front geführt, Ungarn zuerst an die Entente und dann an die Bolschewisten verraten, den deutschen General Mackensen in eine Falle gelockt haben und so fort. Es hieße, den reaktionären Hetzern zu viel Ehre antun, wollte man den Idealisten Karolyi, von dessen politischen Ansichten uns im übrigen vieles trennt, gegen ihre Schmutzereien verteidigen. Karolyis Politik während des Krieges ist heute sogar durch den horthy-ungarischen Ministerpräsidenten Bethlen als richtig anerkannt, der kürzlich die neugebackene ungarisch-italienische Freundschaft mit der Erklärung besiegelte, die ungarischen Truppen hatten am Isonzo nicht für ungarische Interessen, sondern für die des habsburgischen Oesterreich gekämpft — ein Standpunkt, den Karolyi von Anfang an verfochten hat und für den er später von der Gegenrevolution als Vaterlandsverräter gebrandmarkt wurde.

Was uns heute besonders interessiert, ist die Tatsache, daß die erwähnten Berliner Rechtsblätter ihre Hetze ganz offensichtlich auf Veranlassung der hiesigen ungarischen Gesandtschaft betreiben. Die ungarische Oligarchie kann es nicht verwinden, daß aus ihren eigenen Reihen ein Mann hervorgegangen ist, der ein Herz für die unterdrückten Massen des ungarischen Volkes im Leibe hatte und der versuchte, die Klassenherrschaft seiner Standesgenossen zu brechen. So verfolgt sie seit Jahren Michael Karolyi mit unbändigem Haß. Sie hat ihn aus dem Lande gejagt, sie hat seine Güter beschlagnahmt, sie hat seinen Namen mit Schmutz besudelt, sie möchte ihn am liebsten am Galgen sehen. Da ihr das verwehrt bleibt, sucht sie ihn wenigstens im Auslande zu verunglimpfen und ihn, den Flüchtling, von Land zu Land zu hetzen. Jetzt ist in Berlin das Stichwort gegeben worden. „Tägliche Rundschau" und „Deutsche Zeitung" haben gute Verbindungen mit der ungarischen Gesandtschaft, so geht ein Gekläffe gegen „Unerwünschte Ausländer" los. Grotesk ist dabei, daß gerade der Pressechef der ungarischen Gesandtschaft, der jetzt das Signal zur Hetzjagd ausgegeben hat, ein deutschstämmiger Professor ist, welcher in der Zeit der ungarischen Revolution einer der eifrigsten Karolyi-Anhänger war (!) und damals unter der deutschen Minderheit Ungarns eine „Deutsche Radikale Partei" gründen wollte. Fast alle die ungarischen Herren, die heute im Lager Horthys versammelt sind, lagen ja im Oktober 1918 vor Karolyi auf dem Bauche. Heute wollen sie ihn zu Tode hetzen. Und die deutsche reaktionäre Presse gefällt sich dabei in der Rolle der geifernden Meute.

Bürgerblock in Norwegen.

Größere Heereslasten — dafür auch noch Zollerhöhung.

Oslo, 12. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Parlament hat seine Wintertagung beendet, nachdem noch in den letzten Sitzungen die Einheitsfront der bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterpartei und Kommunisten deutlich unter Ablehnung der sozialdemokratischen Anträge ein Heeresbudget von 50 Millionen Kronen beschlossen hat gegenüber 46 Millionen im vorigen Jahre. Ein sozialdemokratischer Antrag, den Zoll für Kaffee und Zucker herabzusetzen, wurde abgelehnt und der Regierung die Ermächtigung zu einer Reihe von Zollerhöhungen erteilt.

Kinder gesucht zum Rübenziehen

Von Anna Mosegaard.

Fast in allen Tageszeitungen liest man jetzt zur Ferienzeit das Inserat: Kinder gesucht zum Rübenziehen. Kinder sucht man zur Landarbeit, wo Tausende von Erwachsenen arbeitslos herumlungern.

Ach, ich verstehe es so gut! Kinderarbeit ist willig, ist billig! So war es einst, — und so ist es noch heute. Auch ich gehörte einst zu diesen billigen Lohnsklaven.

Es ist schon lange her. Ich war damals kaum acht Jahre alt. Ein zartes, schwaches Mädchen. Wer quälte sich darum? Meine Pflegemutter, von der ich nur Schelte und Schläge erinnern kann, ganz gewiß nicht. Für ganze drei Mark wöchentlich hatte sie mich von der Stadt als Pflegekind erhalten. Und weil man von drei Mark wöchentlichem Zuschuß keinen Verdienst herausschlagen konnte, hieß es eben hinzuverdienen. Meine Pflegemutter verstand es ausgezeichnet, mir Arbeit zu verschaffen. Im Herbst ging es aufs Feld hinaus zum Kartoffelbuddeln. Später wurde dann im Walde Holz gesammelt. Kam dann der Winter, ging es ans Gossenhacken. Für ganze zehn, ja für fünf Pfennige habe ich manchem Spießer in N. mit meinen blaugefrorenen Kinderhänden die Gosse gehackt. Das Rübenziehen im Sommer gehörte also noch zu den angenehmeren Erwerbsmöglichkeiten. Und doch — noch heute schnürt es mir die Kehle zu, wenn ich daran denke.

Morgens um sechs Uhr hieß es: Rauß aus den Federn! Draußen vor der Stadt hielten zwei Leiterwagen, die uns Kinder hinaus aufs Rübenfeld brachten. Jedes Kind bekam seine Reihe mit Rüben zugeteilt. Sie erstreckte sich übers ganze Feld, nahm die Arbeit eines ganzen Tages in Anspruch und brachte uns täglich einen Lohn von 25 Pf. Die größeren Kinder bekamen zwei solcher Reihen und verdienten so 50 Pf. pro Tag. Auf den Knien liegend, rutschten wir den harten, trockenen Acker ab, in steter Angst vor dem Herrn Inspektor, der mit seinem dicken Knotenstock hinter uns stand und ihn bald hier, bald dort niedersausen ließ. Mir erging es besonders schlecht. Ich konnte einfach nicht mitfolgen, begriff nicht, was man eigentlich von mir wollte. Ich war eben noch ganz Kind. Wie behutsam zog ich die überzähligen kleinen Pflänzchen heraus! Sorgfältig drückte ich die Erde um die Mutterpflanze herum fest. Richtige kleine Puppenbeete legte ich an. Oft war es auch ein gaukelnder Schmetterling, der mich in die blaue Luft gaffen ließ, anstatt emsig bei der Arbeit zu sein. Bis ich auf einmal den Stock des Inspektors auf meinem Rücken fühlte. Mein Bruder, der links von mir arbeitete, hatte auch zwei Reihen zu bearbeiten, denn er war schon ganze zehn Jahre alt. Er paßte von nun an auf, daß ich nicht mehr zurückblieb. Der Gute verrichtete auch noch einen Teil meiner Arbeit. Ebenso meine Nachbarin rechts. Die stille, blonde Marie. Wie war ich ihnen dankbar, daß sie mir den Inspektor vom Leibe hielten. So arbeiteten wir Tag für Tag, die ganzen Ferien hindurch. Unsere einzige Erholung war die Vesperpause. Da saßen wir denn im Straßengraben und verzehrten unser Stückchen Schwarzbrot. Hart und rissig war es geworden bei der Hitze. Die Margarine oder das bischen Schmalz war gänzlich eingetrocknet. Aber das patschwarme Essigwasser, das uns die Pflegemutter mitgab für den Durst, spülte es schon hinunter.

Es war ein Tag im Juli. Ich vergesse ihn nie. Drückend heiß war's. Ein Gewitter lag in der Luft. Schwarz und drohend stand es am Himmel. Es kam näher und näher. Vor Angst rückten wir Kinder immer dichter aneinander. Der Inspektor trieb zur größten Eile an, denn das Feld sollte noch heute fertig werden. Morgen ging die Fahrt schon wieder in eine andere Richtung. Alles Schimpfen und Schlagen half aber wenig. Matt, wie Fliegel, denen man die Flügel herausgerissen hat, krochen wir über den Acker. Es war nun schon ganz stockfinster geworden.

Da! Ein Blitz! — Ein Donnerschlag! — Ein Wirbelwind jagt über die Felder, peitscht uns den Sand in die Augen. Wieder und wieder zerriß ein schwefelgelber Blitz die Luft. Schlag auf Schlag kam der Donner hinterdrein. Da! Ein Schrei aus 50 Kinderkehlen! Was weiter geschah? — — Träumhaft steht es vor meiner Seele. Ich lag im Straßengraben. Der Regen peitscht mir ins Gesicht. Verwundert sah ich, wie alle meine kleinen Mitarbeiter auf dem Felde herumlagen, als ob sie krank seien. Auf der Straße hielt der Leiterwagen. In der Mitte lag ein Bund Stroh und dahinein legte man eine lange Gestalt. Blauschwarz die eine Hälfte des Angesichts, ebenso die Hand, die krampfhaft ein Stahlspätchen umklammerte. Zwei lange, blonde Flechten fielen hinab bis auf die schwarze, starre Hand.

Ich schrie auf: „Marie! Marie!"

Es dauerte lange, ehe ich alles begriff. Marie war tot, vom Blitz erschlagen. Uns hatte der Blitz nur betäubt. Noch immer tobend rannte der Inspektor herum. Das Feld wurde heute nicht mehr fertig. An ein Weiterarbeiten war gar nicht zu denken. Dann holte er einen Sack und deckte ihn über die tote Marie. Wir anderen wurden alle mit auf den Wagen geladen. Dann ging es heimwärts im strömenden Regen. Eine traurige Heimfahrt war es. Vom Petriturme läuteten gerade die Abendglocken, als wir in unsere Heimatstadt Nordhausen einbogen. Die Kunde von dem Unglücksfall mußte uns schon vorausgeeilt sein. Auf den Straßen eilten uns die Menschen entgegen. Schreckensbleiche Mütter schlossen jubelnd ihre Kinder in die Arme.

Da kommt eine Frau aus einer Haustür herausgestürzt. Der Inspektor hebt den Sack hoch. Ein gellender, wimmernder Schrei: „Marie! Meine Marie!" Dann brach sie ohnmächtig zusammen.

Diese arme Frau war eine Witwe. Ihre Marie war die Aelteste. Hatte schon tapfer mitgeholfen, ihre kleinen Geschwister zu ernähren.

Starr und kalt lag sie im Stroh.

Diesen Schrei einer Mutter — ich vergesse ihn nimmer!

Mich erwartete niemand. Schlotternd vor Angst hockte ich auf dem Leiterwagen. Mein Bruder hob mich herunter. Hand in Hand trotteten wir nach der Finkenburg, wo unsere Pflegemutter wohnte. Sie tat, als sei nichts geschehen. Ihr ganzes Sinnen galt nur den 50 Pf., die wir ihr heute weniger nach Hause brachten.

Und die Chronik der tausendjährigen Stadt am Harz weiß von dieser kleinen Geschichte auch nichts zu berichten, obwohl sie nicht erfunden, sondern wahr und echt ist.

Blutiger Spuk.

Nun sind es bald zehn Jahre — zehn Jahre, seit der Krieg begraben wurde. Schon ist der Krieg, der Krieg, an dem wir gelitten haben, den wir kannten, eine überholte Form; schon wissen wir, daß sein Bruder, vor dem wir jetzt die Tür zuhalten müssen, daß er nicht in den Garten des Lebens eindricht, ein anderes, ein noch weit furchtbareres Gesicht tragen wird. Man wird nicht mehr das Gesicht des „Feindes" sehen; grausig und unpersönlich, in Gasschwaden verhüllt, wird der menschenfresserische Krieg selbst über Land ziehen, und seine Spur wird die Vernichtung allen Lebens zeichnen. — Der Krieg, unser Krieg, den man uns vom ersten Holzsäbel, vom ersten Bleisoldaten an lieb und vertraut machen wollte, ist tot, und er kann in Wahrheit niemals wieder kommen. Aber pietätvoll pflegt man sein Andenken gleich der balsamierten Mumie eines Heiligen: Noch immer schwingen tapfere Bleisoldaten blitzende Säbelchen, noch immer läßt man irgendwo lebendige Soldaten Krieg spielen, den Krieg, den wir kannten, weil man das grausige Gesicht des nächsten Krieges nicht zu zeigen wagt. Und so gibt es in lustigen Manövern auch noch immer geschwungene Säbel und Soldaten, die mit den urweltlichsten Waffen Krieg spielen, die mit Lanzen und Säbeln ausgerüstet sind, und gern zieht der Soldat ins Manöver, in diesen lustigen Krieg, in den man die tröstliche Gewißheit mitnimmt: Es kann dir nichts geschehen . . .

Da hat sich aber dieser Tage drunten in Rumänien, in Kischinew, ein grausiger, blutiger Spuk begeben: Die Mannschaften eines Regiments, die zu so harmloser Gefechtsübung mit Säbeln und Lanzen ausgerückt waren, fielen plötzlich übereinander her, sich blutig zerfleischend wie tolle Hunde, die ein gleicher, eiserner Käfig umschließt. Keiner erkannte mehr Freund und Kameraden . . . Und als die Trompeten wimmernd Retraite bliesen, lagen da fünf Tote und fünf Sterbende auf dem Manöverfeld, und nach Dutzenden zählten die Verwundeten. So war der Krieg, der tote Krieg, wieder lebendig geworden und hatte seine glatte, gleißende Mumienhülle gesprengt, ein Vampir, dem ewiger Blutdurst keine Grabesruhe gönnt.

Ein Vampir — wir sind so klug geworden, und wir glauben nicht mehr an den Vampir, den Leichenzehrer, von dem noch Großvater und Urgroßvater grausige Geschichten wußten: Wie man das Grab des Leichenzehrers geöffnet und ihm einen spitzen Pfahl durchs Herz getrieben hatte, oder wie man einen anderen mit allem, was sein war, zu Pulver brennen mußte, weil er anders immer wieder Opfer nachzog. Wir sind so klug. Und dennoch ist es wahrhaftig wahr: Es gibt Leichenzehrer, die immer wiederkehren, so lange noch ein Ding, eine Sache ihr Andenken aufrechterhält: der Vampir „Krieg" ist der grausigste unter ihnen — und er wird wiederkehren, solange noch ein Soldat, ein Bleisoldat selbst nur von seiner früheren Glorie zeugt . . .

E. G.

Bayerische Kampfesweise.

Der Pressechef der bayerischen Regierung als Retter deutscher Ehre im Ausland.

Die unglaublichen Kampfmethoden bayerischer Reaktionäre gegen mißliebige Politiker werden in einem Artikel beleuchtet, den der frühere Reichskanzler Dr. Wirth in einer Berliner Zentrumskorrespondenz veröffentlicht. Wirth schreibt:

In Südamerika in Porto Allegre, erscheint die „Neue Deutsche Zeitung". Sie enthält in Nr. 118 einen längeren Artikel mit der Ueberschrift „Münchener Brief". Darin wird die Zentrumspartei auf das gröbste beschimpft. Die Zentrumspartei habe schmutzige Hände bekommen, steht da zu lesen. Der Schreiber behandelte den Fall Höfle. In nicht mißzuverstehender Weise wird Reichspostminister Giesberts, werde ich und Oberpräsident Gronowski in Zusammenhang damit gebracht. Ich werde als Freund Höfles besonders denunziert. Noch nie ist mir in langen Jahren trotz größter persönlicher Anfeindung jemals irgendein Vorwurf erwachsen, als ob ich direkt oder indirekt mit dem Fall Barmat in Zusammenhang zu bringen wäre. Das hat bis jetzt niemand versucht. Ich habe keinen der Leute auch nur gesehen. Dasselbe gilt auch für die Herren Giesberts und Gronowski. Ich werde auch wieder in Verbindung mit der Firma Himmelsbach gebracht. „Eine Himmelsbach ist mit einem früheren Zentrumsabgeordneten verheiratet." Das ist frei erfunden. Auch nähere Beziehungen zwischen der Firma Himmelsbach und mir sind längst als freie Erfindung gekennzeichnet worden. Das alles müßte der anonyme Schriftsteller in der südamerikanischen Zeitung wissen. Er wußte es auch. Er wollte nur pikant schreiben. Er maßt sich noch an, zu berichten, daß Reichsgelder in die Mologa geflossen sind. Auch das ist unrichtig. Ich habe mich auch nicht darum bemüht, daß Reichsgelder in die Mologa fließen sollen. Das hat auf eine Frage im Reichstag der Herr Reichswirtschaftsminister Curtius selbst festgestellt. Aber wie ist es möglich, daß in einer ausländischen Zeitung ein deutscher Beamter, denn um einen solchen handelt es sich, derartige Unwahrheiten und Gehässigkeiten zusammenphantasiert.

Ich bin in der glücklichen Lage, den Verfasser des schmählichen Briefes öffentlich nennen zu können. Es handelt sich um den Pressechef der bayerischen Staatsregierung, um Herrn Dr. Hans Eisele in München. Mit der südamerikanischen Zeitung „Neue Deutsche Zeitung" ist gleichzeitig ein Brief folgenden Inhaltes bei mir eingetroffen:

Porto Allegre, 31. Mai 1927.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Nachdem Dr. Eisele in dem von mir herausgegebenen „D. Volksblatt" seine Hetze gegen bestimmte Zentrumsleute nicht mehr weiter betreiben durfte, ist er jetzt zu der hiesigen liberalen freimaurerischen „Neuen Deutschen Zeitung" als Berichterstatter hinübergewechselt. In welcher Weise er da seinem gepreßten Herzen Luft gemacht, mögen Sie aus dem beiliegenden Exemplar ersehen.

Beste Grüße Hugo Metzler.

In der Tat ein treffliches Bild. Der Pressechef der bayerischen Regierung rettet die Ehre des deutschen Namens und seiner Partei im Ausland, indem er nach dem Muster berühmter Revolverjournalisten längst widerlegten Tratsch und Klatsch über republikanische Staatsmänner verbreitet. Bei Wirth ist er zufällig an den Unrechten geraten. Der wird sich zu wehren wissen. Wird aber die Bayernregierung wenigstens soviel Takt aufbringen, diese Leuchte amtlicher Journalistik von sich abzuschütteln?

Südslawisch-albanische Wiederaufnahme. Der frühere jugoslawische Generalkonsul von Skutari, der sich in Podgoriza aufhalte, soll in den nächsten Tagen als Geschäftsträger nach Tirana gehen und alsbald der neue jugoslawische Gesandte Jevcic mit dem Gesandtschaftspersonal in Tirana eintreffen.

Hungerstreik politischer Gefangener in Polen. Im Gefängnis von Bendzin (Kohlengebiet von Sosnowice) brach unter den politischen Gefangenen ein Hungerstreik gegen das System, politische Gefangene in Ketten zu legen, aus.

Volksbühne und Piscator-Bühne. Vorstand und Verwaltung der Volksbühne haben am Dienstag abend beschlossen, diejenigen Mitglieder, die Interesse an den Aufführungen der Piscator-Bühne haben, in Sonderabteilungen zusammenzufassen, denen in gleicher Weise Vorstellungen in den Volksbühnentheatern und in der Piscator-Bühne im Theater am Nollendorfplatz geboten werden sollen. Da die Piscator-Bühne ihre Bereitwilligkeit zu einem Abkommen im Sinne dieses Beschlusses erklärt hat, ist seine Durchführung gesichert. Mitglieder, die diesen Sonderabteilungen beizutreten wünschen, haben dies beim Umtausch der Mitgliedskarten, neu Eintretende bei der Anmeldung in den Zahlstellen der Volksbühne anzugeben.

Kunst in Brasilien und ihre Anwendung. In den staatlichen Schulen für freie und angewandte Kunst werden zurzeit in einer Ausstellung Studien der brasilianischen Indianerkunst, Farbstudien aus der brasilianischen Landschaft und dem brasilianischen Urwald und daraus resultierende Entwürfe für angewandte Kunst von Prof. A. Herborth, Rio de Janeiro, gezeigt. Die reiche Fülle indianischer Motive ist von Prof. Herborth mit liebevoller Gründlichkeit zusammengetragen worden. Neben bekannten Ornamentmotiven sieht man solche, denen man bisher in Europa kaum begegnet sein dürfte. Alle zeichnen sich durch logische Klarheit der Linienführung und Raumaufteilung aus. Es liegt nahe, diese indianischen Motive zu modernen Entwürfen für angewandte Kunst heranzuziehen, wie ja überhaupt die angewandte Kunst heute mit Nutzen sich aus den Ideen der primitiven Kunst bereichert. Eine ganze Reihe deutscher Firmen zeigen in dieser Ausstellung ihre Erzeugnisse, deren Schmuckformen auf die ausgestellten altbrasilianischen zurückgehen, aber dabei durchaus modernen und eigenen Charakter tragen. In erster Linie waren diese kunstgewerblichen Arbeiten wohl für Brasilien selber bestimmt und sollen die Fortsetzung eines im Altbrasilianischen wurzelnden Kunststils darstellen. Die ganze Ausstellung soll auch nach ihrer Beendigung in Berlin nach Rio de Janeiro übersiedeln. Doch man stellt mit Vergnügen fest, daß von ihr für die deutsche angewandte Kunst manches fruchtbare Samenkorn zurückbleiben wird. Die Ausstellung ist bis zum 20. Juli täglich von 10 bis 18 Uhr geöffnet. Tes.

Eine „Woche der deutschen Wissenschaft" in Moskau. Prof. Fersmann, Mitglied der russischen Akademie, erklärte nach seiner soeben erfolgten Rückkehr aus Deutschland in einem Pressinterview: die in Deutschland veranstaltete Gelehrtenwoche habe die Anknüpfung engerer Verbindungen zwischen den Vertretern der Wissenschaft Deutschlands und Rußlands außerordentlich gefördert. In Moskau soll demnächst ein spezielles medizinisches Forschungsinstitut gegründet werden, dessen Kontrolle sowohl russischen wie auch deutschen Gelehrten übertragen werden wird. In allernächster Zeit soll in Moskau eine „Woche der deutschen Wissenschaft" veranstaltet werden, zu der man zahlreiche deutsche Gelehrte erwarten dürfe.

Liedermann-Feier im Rundfunk. Zum 80. Geburtstag Max Liebermanns am 20. Juli wird der Generaldirektor der Staatlichen Museen, Prof. Dr. Wilhelm Waetzoldt, einen Vortrag über das künstlerische Werk Max Liebermanns halten.

Der Lustmord vom Arnswalder Platz aufgeklärt.

Das verräterische Schlüsselbund. — Geständnis des Täters.

Das furchtbare Verbrechen, dem ein junges Mädchen auf dem Arnswalder Platz zum Opfer fiel, fand jetzt, nach zweieinhalb Jahren, seine Aufklärung. Der Täter, ein 28 Jahre alter Former Alfred Oppenkowski aus der Weißenburger Straße 43, wurde im Laufe der vergangenen Nacht festgenommen und legte ein Geständnis ab.

Der Fund auf dem Arnswalder Platz.

Wie wir seinerzeit ausführlich berichteten, wurde in den frühen Morgenstunden des 25. Januar 1925 im Gebüsch des Arnswalder Platzes die Leiche eines jungen Mädchens aufgefunden. Die Feststellungen ergaben, daß es **einem Lustmord zum Opfer gefallen** war. Die Untat erregte um so mehr Aufsehen, als sie in den Morgenstunden auf einem ziemlich viel begangenen Platz inmitten der Stadt verübt worden war. In der Toten wurde bald eine 18 Jahre alte Hausangestellte Elisabeth Stangierski festgestellt, die bei einer Familie in der Elbinger Straße tätig gewesen war. Das junge Mädchen hatte am Sonnabend abend mit einer Freundin, deren Bräutigam und dessen Freund zunächst ein Kino besucht, war dann in mehreren Lokalen eingekehrt und hatte sich endlich von ihren Begleitern gegen ½12 Uhr am Ringbahnhof Schönhauser Allee getrennt. Ihre Bekannten hatten noch gesehen, daß ein fremder junger Mann sich ihr mit einigen Scherzworten anschloß, um sie nach Hause zu begleiten. Von diesem Zeitpunkt an war Fräulein Stangierski nicht mehr lebend gesehen worden. Auf dem Arnswalder Platz ist eine Kompostanlage und ein Vogelfutterhaus. Beide sind von einem Zaun eingegittert, der wiederum mit Gesträuch bestanden ist. In den engen Weg zwischen dem Strauchwerk und dem Zaun hatte der Mörder sein Opfer geschleppt, sich dort an ihm vergangen und es dann **erdrosselt.** Trotz aller Bemühungen gelang es zunächst nicht, den Mörder aufzuspüren. Es gerieten mehrere Personen in Verdacht, doch konnten alle ihre Unschuld einwandfrei nachweisen.

Die Nachforschungen der Kriminalpolizei.

Die Kriminalpolizei setzte in aller Stille die Ermittlungen fort. Nach dem Ausscheiden des leitenden Beamten der ersten Mordkommission wurde der Posten sofort mit einem anderen Kommissar besetzt, so daß die Untersuchung jetzt in den Händen der Kommissare Johannes Müller und Lipik lag. Aus dem Publikum heraus wurden immer wieder Verdächtigungen in bezug auf die Täterschaft geäußert, die sorgfältige Nachprüfung verlangten. Im Laufe der Zeit stieg die Zahl auf einige Hunderte, der wirkliche Täter war aber nicht dabei. Man spürte auch allen den Personen nach, die bei Sittlichkeitsvergehen ertappt wurden und denen man abnorme Neigungen zutrauen durfte. Die Bearbeiter gelangten allmählich zu der Ueberzeugung, daß der Mörder ein Zufallsbegleiter des Mädchens gewesen sein mußte, und der Kreis der in Betracht Kommenden war damit unbegrenzt. Vor einigen Monaten stieß man bei den Nachforschungen auf einen gewissen **Oppenkowski.** Dieser Mann galt als fleißiger Arbeiter, war dauernd in großen Betrieben als Former tätig und bisher nie erwerbslos gewesen. Er hat im Jahre 1920 geheiratet und aus der Ehe ist ein jetzt siebenjähriger Sohn hervorgegangen. Der Former hatte aber eine Schwäche, wenn er — was allerdings selten vorkam — dem Alkohol reichlich zusprach, so neigte er zu sexuellen Ausschreitungen. Mitte Februar 1925 nahm er an einer Feier Teil und **verging sich in der Trunkenheit an einem sechsjährigen Mädchen.** Er wurde zu **7 Monaten Gefängnis** verurteilt, erhielt aber mit Rücksicht auf sein bisher unbescholtenes Leben Bewährungsfrist. Oppenkowski wurde ständig beobachtet und allmählich gelang es, seinen Wegen in der Januarnacht nachzuspüren und so viel **belastendes Material** gegen ihn zu sammeln, daß die Beamten gestern abend seine Wohnung besetzten. Als er von der Arbeit heimkehrte, wurde er **festgenommen** und auf das Polizeipräsidium gebracht. Bei den ersten Vernehmungen leugnete der Festgenommene hartnäckig, mit der Tat irgend etwas zu tun zu haben, und bot einen Alibibeweis an, der aber sofort widerlegt werden konnte.

Ein sensationeller Fund.

Während er noch verhört wurde, durchsuchten einige Beamte seine Wohnung auf das genaueste und es gelang ihnen, einen sensationellen Fund zu machen. In dem Holzkasten des Klosetts entdeckten sie ein Schlüsselbund, das, wie bald festgestellt werden konnte, zu der Wohnung der Dienstherrschaft der ermordeten Stangierski paßte. Als Oppenkowski dieser wichtige Fund vorgehalten wurde, brach er wie vom Blitz getroffen zusammen und verfiel in Schreikrämpfe. Nachdem er sich etwas beruhigt hatte, gab er den Mord an dem Mädchen zu. Er verfluchte seine Neigung zum Trinken und erklärte, daß er **in sinnloser Trunkenheit das Verbrechen verübt habe.** Die seelische Erschütterung hatte ihn so mitgenommen, daß die Vernehmung sofort abgebrochen werden mußte. Da man befürchtete, daß er sich ein Leid antun würde, so wurde er im Gewahrsam ärztlicher Bewachung unterstellt. Der Mann ist von der Verhaftung um so mehr betroffen, als er nach der langen Zeitspanne nicht mehr glaubte, daß man ihn für das Verbrechen zur Rechenschaft ziehen würde. Er hatte es verstanden, seine Gewissenslast selbst vor seiner Frau verborgen zu halten.

Berliner Hilfe für Sachsen.

Der Magistrat stellt 50 000 Mark zur Verfügung.

Der Magistrat beschloß in seiner Sitzung vom 13. Juli 1927, der sächsischen Regierung zur Unterstützung der Opfer des Hochwasserunglücks im Erzgebirge den Betrag von 50 000 Mark zur Verfügung zu stellen.

Spendenannahme in Berlin.

Auf Ersuchen der sächsischen Regierung nimmt auch die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Nothilfe, Berlin W 8, Wilhelmstraße 62, Spenden entgegen. Es wird gebeten, Geldbeträge auf folgende Konten zu überweisen: Postscheckkonto Berlin 160 000, Bankkonten „Deutsche Nothilfe, Hochwasserschaden bei der Reichsbank, Deutschen Bank, Direktion der Diskontogesellschaft, Darmstädter und Nationalbank und Dresdener Bank nebst ihren Filialen, sowie bei der Deutschen Girozentrale mit den ihr angeschlossenen öffentlichen Kassen.

*

Nürnberg, 12. Juli. (WTB.) Der Städtische Verwaltungssenat hat heute einstimmig beschlossen, für die Opfer der Unwetterkatastrophe in Mitteldeutschland den Betrag von 10 000 M. zu spenden.

Amerikanisches Rotes Kreuz bietet Hilfe an.

Das amerikanische Rote Kreuz hat seine aufrichtige Teilnahme an der Unwetterkatastrophe im Erzgebirge telegraphisch ausgedrückt und angefragt, ob seine Hilfe erwünscht sei. Das deutsche Rote Kreuz hat im Benehmen mit der sächsischen Regierung auf das herzlichste gedankt.

Dresden, 12. Juli. (WTB.) Wie das Wehrkreiskommando mitteilt, ist seit Sonnabend nachmittag die gesamte Dresdener Garnison im Unwettergebiet zur Hilfeleistung tätig. Außerdem ist das Magdeburger Pionierbataillon eingetroffen. Dem Kommandeur dieses Bataillons wurden sämtliche in dem Unwettergebiet eingesetzten Truppen unterstellt, im ganzen 25 Offiziere, 700 Unteroffiziere und Mannschaften mit zahlreichen Fahrzeugen und Gerät.

Das Unglück an der Harzer Querbahn. Wie man erfährt, hat der Staatsanwalt nunmehr von sich aus eine Untersuchung des Unglücks an der Harzer Querbahn eingeleitet. Zuständig als Aufsichtsbehörde für diese Privatbahn ist in oberster Instanz das Reichsverkehrsministerium, in mittlerer Instanz der jeweilige Präsident der Reichsbahndirektion in seiner Eigenschaft als Beauftragter des Reiches.

Otto Suchsdorf gestorben.

Einer der alten Förderer und Wegbereiter des Arbeitergesangs, Otto Suchsdorf, ist in diesen Tagen dahingegangen. Der Verstorbene leitete in den früheren Jahrzehnten, als die Arbeiter-Sängerbewegung sozusagen noch in den Kinderschuhen steckte, in Berlin und Umgegend eine ganze Anzahl Arbeiterchöre. Für ihn als Volksschullehrer war es besonders mutvoll, in den neunziger Jahren sich der Arbeiterschaft zu widmen. Dieses Eintreten für das Streben und Wirken der proletarischen Sänger wurde von Staat und Behörde übel vermerkt: alsbald wurde ihm Gelegenheit gegeben, sich ganz der Pflege des Chorgesanges zu widmen, wenngleich dem wackeren Draufgänger dies in wirtschaftlicher Hinsicht nicht gerade willkommen sein konnte. Mit um so größerer Liebe und Opferbereitschaft gab Otto Suchsdorf sich alsdann der Chorerziehung hin. Sein, von echtem Idealismus und solider Sachkenntnis getragene Chorleitertätigkeit ist besonders in den neunziger Jahren dem DAS. von unschätzbarem Werte gewesen. Auch als Komponist hat sich Otto Suchsdorf betätigt. Wir nennen als seine Schöpfungen die Kampflieder „Arbeiter-Vaterlandslied", „Die Erde ist zum Licht erstanden", „Wir Männer in der Blusejinds", die auch heute ihre Schlagkraft noch nicht verloren haben. Otto Suchsdorf ist 73 Jahre geworden. Anläßlich seines 70. Geburtstages vor drei Jahren war der wackere Alte der Mittelpunkt zahlreicher Ehrungen und eindrucksvoller Sympathiekundgebungen. Auch der Arbeiter-Sängerbund unterbreitet bis zum Hinscheiden Suchsdorf die herzlichen Beziehungen zu seinem treuen, warmherzigen, von einem hohen Maß von Lebensbejahung erfüllten Mitarbeiter, dessen Name stets in ehrendem Gedenken an die dem Proletariat geleisteten Dienste genannt werden soll.

32. Abt. 19½ Uhr Gruppenabend in den bekannten Lokalen.

Ein sonderbarer Wunsch.

Er möchte „mal" geköpft werden!

Ueber den Geschmack läßt sich bekanntlich nicht streiten. Schon oft ist es vorgekommen, daß sich Leute selbst der Kriminalpolizei stellten mit der Bitte, sie zu verhaften oder sie ins Gefängnis zu setzen. Das Verlangen eines jungen Mannes aber, der am Sonnabend die Mordinspektion beschäftigte, setzt allem die Krone auf.

Einem Beamten der Fahndungsinspektion fiel auf dem Alexanderplatz ein junger Bursche auf, der scheinbar ohne Zweck und Ziel umherstrich. Der Beamte hielt den jungen Mann an und dieser erzählte, daß er Harry Falkenstein heiße und nicht weniger als 3 Morde auf dem Gewissen habe. Er wurde auf seinen ausdrücklichen Wunsch der Mordinspektion vorgeführt und gab folgendes an: Er habe auf dem Marktplatz in Grevesmühlen im Streit einen Schnitter erstochen und weiter in Rosengarten bei Frankfurt a. d. Oder einen Ladenkassendiebstahl verübt. Dabei hätten ihn die Söhne des Geschäftsinhabers, eines Bäckermeisters, überrascht und auch sie habe er durch Messerstiche ermordet. Er bitte nun, man möchte ihn doch für diese Verbrechen „einmal" köpfen. Die Frage der Beamten, wie er sich das vorstelle, daß er „mal" geköpft werden wolle, beantwortete er lächelnd mit einem „das macht ja gar nichts". Obwohl man sich bald klar war, daß der junge Mann unmöglich im vollen Besitz seiner Geisteskräfte sein könne, wurden seine Angaben eingehend nachgeprüft. Dabei stellte es sich heraus, daß der angebliche Harry Falkenstein ein 20 Jahre alter Max F. ist, der im April dieses Jahres aus einer Fürsorgeanstalt entwichen ist. Er schloß sich einer Zigeunertruppe an, zog mit ihr umher und verübte kleinere Diebstähle. Den Mord an dem Schnitter hat F. erfunden. Anders verhält es sich mit dem Ladenkassendiebstahl in Rosengarten. Hier hat Max F. tatsächlich einen nächtlichen Einbruch verübt. Der junge Mann wird auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Ein neues Großmüllauto.

Im Beisein von Vertretern des Stadtreinigungs- und Verkehrsamts und der Städtischen Müllabfuhr wurde in Dahlem den Vertretern der Berliner Presse das von der Augsburger Maschinenfabrik Keller und Knappisch hergestellte „Kuka-Groß-Müllauto" vorgeführt. Dieser Wagen, von dem schon mehrere von den Stadtverwaltungen Augsburg, Chemnitz, Kassel und Mannheim angekauft worden sind, hat ein äußerst gefälliges Aussehen. Er stellt einen fahrenden eisernen Zylinder von 2 Meter Durchmesser und 4 Meter Länge dar, der auf einem niedrigen NAG.-Fahrrahmen ruht. Der Zylinder kann 10 bis 15 Kubikmeter Müll gröbster Sorte aufnehmen, eine Arbeit, die in knapp 30 Minuten erledigt wird, während die Entladung nur 2 bis 3 Minuten in Anspruch nimmt. Die Be- und Entladung geschieht fast staubfrei mechanisch ohne Kippvorrichtung, was von hoher Bedeutung ist, weil dadurch manche Gefahrenmomente von vornherein ausgeschaltet sind. Außerdem liegt die Einschüttöffnung für das Müll so niedrig, daß ein Emporheben der Müllkästen, wie es bei den gegenwärtig im Betrieb befindlichen Wagen nötig ist, gar nicht in Frage kommt. Dadurch wird den Müllabholern eine große physische Kraftanstrengung erspart. Das eingeschüttete Müll wird durch ein rotierendes Schneckengehäuse aufgenommen und im Innern des Zylinders selbsttätig verteilt, so daß sich auch hier menschliche Nachhilfe erübrigt. Die Drehbewegung, die hierbei auszuführen ist, wird mittels eines Zahnrades und Zahnkranzes von einem Nebengetriebe des Motors übertragen, der dafür eine Kraftleistung von etwa 3 PS. aufzubringen hat. Die Konstruktion des Ganzen ist verblüffend einfach.

Bei der Vorführung arbeitete der Wagen, der schon ein Vierteljahr in Augsburg im öffentlichen Betrieb gestanden hat, tadellos. Die Stadt Berlin will mit dem Wagen noch weitere Versuche machen.

Das Münchener Eisenbahnunglück.

Ladung weiterer Sachverständiger.

München, 13. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Lokomotivführer Aubele erklärte bei seiner Vernehmung, daß er seit 28 Jahren Lokomotivführer ist. Vom Pfingstsonnabend bis Pfingstmontag früh 4 Uhr hatte er dienstfrei. Er gab zu, gewußt zu haben, daß das überfahrene Signal am Ostbahnhof, das bis kurz vor Pfingsten außer Betrieb war, wieder in Betrieb genommen war. Nach seiner Behauptung stand am Pfingstmontag sowohl das Vorsignal als auch das Hauptsignal auf freie Fahrt. Die Geschwindigkeit des Zuges sei, um Verspätung einzuholen, die vorschriftsmäßige von 75 Kilometer gewesen. Die Verteidigung beantragte die Ladung zweier weiterer Lokomotivführer als Sachverständige. Dem Antrag wurde stattgegeben.

Die Straßenhändler protestieren.

Die „Freie Vereinigung der Straßenhändler für Obst und Gemüse“ hatte zu Dienstag abend ihre Mitglieder nach Haverlands Festsäle gerufen, um gegen die Verordnung der Polizei, nach der auch in der Rückert- und Mulackstraße keine Straßenhändler mehr stehen dürfen, zu protestieren. Am 2. Juli wurde durch polizeiliche Anordnung der Straßenhandel in der Mulack- und Rückertstraße verboten. Beide Straßen sind Sackstraßen (Straßen letzter Ordnung). Der Wagenverkehr ist ganz minimal. Eine Kontrolle der Straßenhändler ergab einen Durchschnittsverkehr von zwölf Wagen pro Tag. 15 bis 20 Straßenhändler haben dort ihre Ware zu ganz niedrigen Preisen an die aus dem Arbeitsnachweis kommenden Arbeitslosen verkauft. Dieser Verkauf erfolgte nur in den Vormittagsstunden, so daß am Nachmittag die Straßen vollkommen frei waren. Die Polizei begründete ihr rücksichtsloses Vorgehen gegen die Straßenhändler mit den üblichen Sicherheitsmaßnahmen.

In Wirklichkeit scheint es so, als ob die Polizeireviere in der dortigen Gegend allzuschnell bereit waren dem Proteststurm einiger Hausbesitzer und einiger Geschäftsinhaber nachzugeben. Es ist ja schon des öfteren von der „Freien Vereinigung“ Material bekanntgegeben worden, aus dem klar und eindeutig hervorging, daß die Mittelstandspartei das Straßenhändlertum bekämpft, weil die Preise bei den Straßenhändlern billiger sind. Immer wieder wird von der Mittelstandspartei versucht, die Polizei zu veranlassen den Straßenhandel überhaupt zu verbieten. Da die Mittelstandspartei eingesehen hat, das ihr Ansturm bisher immer abgeschlagen wurde, sind die einzelnen Mitglieder dieser Partei dazu übergegangen, die Polizei mit Beschwerden zu überhäufen und so zu veranlassen, in einzelnen Straßen, die bisher den Händlern freigegeben waren, Verbote zu erzielen. Auch die Behauptungen, daß im Straßenhandel Lebensmittel in ungeeigneten Räumen aufbewahrt werden, ist unwahr. Die Polizei hat genaue Anweisungen gegeben, wie die Waren aufbewahrt werden müssen. Bisher ist noch kein Fall bekannt geworden, daß die Polizei einen Straßenhändler wegen Verletzung dieser Verordnung bestrafen mußte. Es muß von der Polizei verlangt werden, daß genau geprüft wird, ob tatsächlich im Interesse eines geregelten Verkehres der Straßenhandel in 460 Straßen verboten werden muß.

In der Versammlung wurden von einzelnen Diskussionsrednern Fälle angeführt, in denen Polizeioffiziere nach der Art des schneidigen Vorkriegsoffiziers den Straßenhändlern alle möglichen Schikanen bereiten. Einmal gilt der vom Bezirksamt ausgestellte Standschein, dann wieder nicht. Einmal dürfen in der bestimmten Straße 27 Händler stehen und dann wieder rückt der Offizier mit drei Beamte und Zollstock an und läßt nachmessen, ob auch wirklich jeder Wagen fünf Meter Abstand hält. Auch derartige Vorfälle tragen nicht dazu bei, den gewiß nicht angenehmen Beruf des Straßenhändlers erträglicher zu machen. Es sind nicht die schlechtesten Kräfte eines Volkes, die einmal aus ihren Beruf geworfen, entschlossen den Beruf eines Straßenhändlers übernommen haben, um Frau und Kind ehrlich und ohne Unterstützung durch den Staat ernähren zu können. Völlig unverständlich ist, warum die „Freie Vereinigung“ sich immer wieder Redner bestellt, die in ihren Ausführungen unsachlich werden und kleine Ausfälle gegen die Sozialdemokraten mit einstreuen. Sollten die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ noch immer nicht eingesehen haben, daß sie parteipolitisch mißbraucht werden sollen? Die Kommunistische Partei hat in den letzten Jahren für jeden einsichtigen Arbeiter bewiesen, daß sie nicht in der Lage ist, praktische Politik zu treiben, und Hetzreden helfen den Straßenhändlern wirklich nicht.

Feuer in einem Lichtspieltheater.

Mehrere Löschzüge der Feuerwehr wurden gestern abend gegen 10 Uhr nach dem Viktoria-Luise-Platz 5 gerufen, wo in dem Vorführraum der Viktoria-Lichtspiele während der Vorstellung Feuer ausgebrochen war. Der Filmstreifen hatte sich aus bisher noch ungeklärter Ursache entzündet, und eine hervorschießende Stichflamme setzte den ganzen Raum in Brand. Dem Vorführer gelang es noch rechtzeitig, das Freie zu gewinnen. Die Feuerwehr war über eine Stunde an der Brandstätte mit Lösch- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt. Die letzte Vorstellung mußte abgebrochen werden; das Publikum verließ in vollster Ruhe das Theater.

Rückkehr der Ozeanflieger.

Kommandant Byrd und seine drei Begleiter haben sich gestern abend an Bord des Dampfers „Leviathan“ nach Amerika eingeschifft. Mit demselben Dampfer reisen auch Chamberlin und die deutsche Fliegerin Thea Rasche.

11 Tote bei einem Eisenbahnunglück in Amerika. Wie aus Toledo in Ohio berichtet wird, stieß dort ein Personenzug mit einem Güterzug zusammen, wobei 11 Personen getötet wurden.

Sport.

Länderwettstreit im Metropolvarieté.

Die verschärften Kampfbestimmungen des Internationalen Ringerverbandes werden vom Publikum mit großem Beifall begrüßt. Die Kampfbestimmungen überwacht der Ehrenvorsitzende Exweltmeister Heinrich Weber. Dieser Wettbewerb steht auch über dem Niveau des bisher in Berlin gezeigten. Der Montag brachte die erste Begegnung des Dortmunder Meyerhans mit Omelezenko-Ukraine. Dieser konnte seinen 28 Pfund schwereren Gegner nur 15 Minuten standhalten, erlag dann durch Untergriff von hinten. Pietro Scholz und Grunewald schieden ohne ein Resultat. Neström-Estland ging mit dem leichten Thüringer Opitz gleich scharf ins Zeug, einem Ueberstürzer erlag dieser nach 19 Minuten. Das Entscheidungstreffen Tornow-Finnland und Raber-Ostpreußen endete mit dem Siege des Finnen. Dieser parierte in der 41. Minute einen Untergriff und brachte seinen Gegner mit Armzug aus dem Stand auf die Schultern. Gestern setzte der starke Finne Tornow seinen Siegeszug fort, der Ukrainer Omelezenko mußte bereits nach 6 Minuten durch Untergriff von vorn seine Niederlage hinnehmen. Raber-Ostpreußen und Kochanski-Köln warteten mit einem schönen flotten Kampf auf, nach zwei Gängen schieden beide ohne Resultat. An einem der nächsten Abende werden sie nochmals die Hände kreuzen. Mit flottem Tempo legte sich der temperamentvolle Estländer Neström gegen den Westfalen Grunewald in die Führung, doch dieser war auf der Hut, so daß es nur zu einem Unentschieden reichte. Im Entscheidungskampf Pietro Scholz-Berlin gegen Meyerhans-Dortmund ging der Berliner mehr als sonst aus sich heraus, auch der Dortmunder war in guter Form, so daß dieses Treffen als eine Delikatesse bezeichnet werden konnte. Nach 53 Minuten Kampfdauer entschied der Berliner durch Hüftschwung mit Untergriff das Ringen zu seinen Gunsten. Gunsten.

Für die Einheit der Bauarbeiter.

Der Baugewerksbund ergreift die Initiative.

In der zu Dienstag abend nach den „Konkordiasälen“ einberufenen außerordentlichen Generalversammlung des Baugewerksbundes gab zunächst Genosse Drügemüller einen kurzen Rückblick auf die im ersten Halbjahr von der Organisation geleistete Arbeit.

Die in dieser Zeit erfolgten Tarifabschlüsse sind zwar nicht voll befriedigend, jedoch brauche sich der Baugewerksbund ihrer nicht zu schämen. Wie die Arbeit der Organisation von der Bauarbeiterschaft gewürdigt wird, zeigt am besten die Mitgliederbewegung. Gegenüber dem Schluß des Vorjahres stieg die Mitgliederzahl in Berlin im ersten Halbjahr um 2166, und zwar

von 20 878 auf 23 044.

Die durch den Abschluß der Tarife bedingte Kampfpause muß aber intensiv dazu benutzt werden, die Organisation weiter zu stärken. Es muß den Mitgliedern der gegnerischen Organisationen noch nachdrücklicher als bisher gesagt werden, daß nur die organisatorische Zersplitterung der Berliner Bauarbeiter daran schuld ist, daß die Tarifverträge nicht noch bedeutend besser sind. Mit aller Deutlichkeit muß besonders den Syndikalisten und Industrieverbändlern klargemacht werden, daß sie durch ihr Fernstehen vom Baugewerksbund nicht nur dessen Mitglieder, sondern sich selbst schädigen.

Die im April und Mai gemeinsam mit dem Verband der Akkordmaurer durchgeführte Bautenkontrolle hat ergeben, daß mehr als die Hälfte der Berliner Bauarbeiter des Hochbaues

im Baugewerksbund organisiert

ist, ebenso rund 70 Proz. aller Berliner Lohnmaurer, mehr als 60 Proz. aller Lohn- und Akkordmaurer und rund 50 Proz. aller Berliner Bauhilfsarbeiter und Steinträger, ausschließlich der Tiefbauarbeiter.

Der Verband der Akkordmaurer und die Vereinigung der Akkordsteinträger sind mit dem Baugewerksbund am Tarifvertrag beteiligt und sind stets mit dem Baugewerksbund Hand in Hand gegangen. Es muß deshalb im Interesse der Stärkung der Schlagkraft der Berliner Bauarbeiter versucht werden, diese beiden Organisationen zum Anschluß an den Baugewerksbund zu bewegen.

Mit den Verwaltungen der übrigen Organisationen, die eine andere Weltanschauung vertreten oder einer anderen, längst überholten Methodik des Gewerkschaftskampfes anhängen, wäre nach den bisherigen Erfahrungen ein Verständigungsversuch zwecklos. Hier muß mit den Mitgliedern dieser Organisationen auf den Baustellen diskutiert werden. Diese Diskussionen dürfen aber nicht in politische Diskussionen ausarten, sondern müssen sich auf

rein gewerkschaftliches Gebiet

beschränken. Es muß jedenfalls mit allen Mitteln an der Herstellung der Einheitsfront sämtlicher Berliner Bauarbeiter gearbeitet werden.

Die Diskussion bewegte sich in durchaus zustimmendem Sinne. Zum Schluß wurde einstimmig eine Entschließung angenommen in der es heißt:

Die außerordentliche Generalversammlung ist der Auffassung, daß es angesichts der Konzentration und der Rüstung des Kapitals ein Erfordernis der Stunde ist, gleichgerichtete Kräfte der Arbeiterschaft zusammenzufassen, um

die Schlagkraft der Bauarbeiterschaft zu erhöhen.

Sie fordert die genannten Organisationen (Verband der Akkordmaurer und Vereinigung der Akkordsteinträger) auf, mit dem Baugewerksbund in eine Diskussion über einen Zusammenschluß der Organisationen einzutreten. Sie beauftragte den Vorstand des Baugewerksbundes, dieserhalb mit den genannten Organisationen in Verbindung zu treten.

Die außerordentliche Generalversammlung ist ferner der Ansicht, daß alle Kräfte eingesetzt werden müssen, diejenigen Bauarbeiter, die aus weltanschaulichen Gründen (Christen usw.) oder Gründen der Methodik des Kampfes oder der Ablehnung von Tarifverträgen (Syndikalisten, Müllerstr.) in besonderen Organisationen vereinigt sind, zu überzeugen, daß ihre Stellung falsch ist, (Christen usw.) ihre Methoden usw. (Syndikalisten, Müllerstr. usw.) seit Jahrzehnten als unbrauchbar und unzulänglich sich erwiesen haben. Sie fordert die in diesen Organisationen vereinigten Bauarbeiter auf, ihre bisherige Stellungnahme zu prüfen und

alle kleinlichen Gesichtspunkte (Beitragshöhe) zurückzustellen,

wenn es gilt,

die Einheitsfront herzustellen.

Die außerordentliche Generalversammlung weist insbesondere darauf hin, daß unter der Mitgliedschaft im sogenannten Industrieverband in der Müllerstr. die ungelernten Arbeiter bei weitem überwiegen und stellt gleichzeitig fest, daß die Interessen der Hilfsarbeiter nur Schulter an Schulter mit den Facharbeitern gewahrt werden können. Sie fordert die Hilfsarbeiter auf, sich mit den Facharbeitern im Baugewerksbund zu einheitlicher Kampffront zu vereinigen. — Darüber hinaus schließlich richtet die außerordentliche Generalversammlung der Baugewerkschaft Berlin des DBB. als die weitaus stärkste aller Berliner Bauarbeiter-Organisationen an alle Bauarbeiter die Aufforderung:

Schafft die Einheitsfront im Baugewerksbund!

Die Zimmerer und der „Vorwärts“.

Eine kommunistische Herausforderung.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer folgende Entschließung:

„Die am 7. Juli 1927 im „Dresdener Kasino“ versammelten Vertrauensleute und Funktionäre des Zentralverbandes der Zimmerer, Zahlstelle Berlin und Umgegend, verurteilen aufs schärfste die Schreibweise des sich Arbeiterblatt nennenden „Vorwärts“ in bezug auf die Skelettfunde im Ulap. Sie rufen den Kameraden auf den Arbeitsstellen zu: „Heraus mit den sich arbeiterfreundlich nennenden Blättern, die direkt oder indirekt den Kapitalismus unterstützen. Kameraden, lest und werbt für das einzige Arbeiterblatt, das nur die Interessen der Proletarier vertritt, die „Rote Fahne“.“

Auf Anfrage bei der Zahlstellenleitung des Zentralverbandes der Zimmerer wurde uns bestätigt, daß die Funktionär- und Vertrauensmännerversammlung der Berliner Zahlstelle der Zimmerer tatsächlich diese unglaubliche Entschließung angenommen hat.

Wir haben bisher gegenüber der kommunistischen Zahlstellenleitung der Zimmerer dieselbe Haltung eingenommen, die wir gegenüber allen anderen Gewerkschaftsorganisationen einnehmen. Wir haben ohne Vorbehalt und Zusatz deren Mitteilungen und Bekanntmachungen veröffentlicht. Wir haben sie bei Kämpfen rückhaltlos unterstützt, auch wenn wir ihre Taktik nicht billigen konnten. Wir haben von den Zuschriften der Zahlstellenleitung nur die Stellen gestrichen, die sich polemisch gegen andere Gewerkschaftsorganisationen oder gegen die Sozialdemokratische Partei wandten.

Die kommunistische Zahlstellenleitung der Zimmerer weiß ganz genau, daß sie bei Kämpfen in schwierigen Situationen nur auf den „Vorwärts“ mit unbedingter Sicherheit rechnen konnte. Sie weiß und muß sich erinnern, daß ihr die „Rote Fahne“ wiederholt Schwierigkeiten gemacht hat. Sie weiß, daß die kommunistische Zahlstellenverwaltung des Zentralverbandes der Zimmerer in dem Augenblick von der „Roten Fahne“ und der KPD. verraten und verlassen würde, indem sie in einer beliebigen Frage nicht der Parole der KPD. folgen, sondern ausschließlich die gewerkschaftlichen Interessen der Mitglieder wahrnehmen würde.

Auf Veranlassung der Redaktion des „Vorwärts“ ist vom Baugewerkbund eine Untersuchung über die Knochenfunde am Lehrter Bahnhof vorgenommen worden, deren Ergebnis wir veröffentlicht haben. Dieses Ergebnis der Untersuchung ist niemals von der Belegschaft in Zweifel gezogen worden. Wir hätten auch die Zahlstellenleitung des Zentralverbandes der Zimmerer ersucht, an jene Untersuchung teilzunehmen, wenn wir gewußt hätten, daß auch Mitglieder dieses Verbandes bei den Ausschachtungsarbeiten beschäftigt sind.

Die Zahlstellenleitung des Zentralverbandes der Zimmerer hat selbst es bisher nicht für nötig befunden, eine Untersuchung anzustellen. Nichtsdestoweniger ist diese Entschließung angenommen worden, in der die Mitglieder des Zentralverbandes der Zimmerer aufgefordert werden, den „Vorwärts“ abzubestellen, dem vorgeworfen wird, direkt oder indirekt den Kapitalismus zu unterstützen. Offiziell wird von dem Zentralverband der Zimmerer die „Rote Fahne“ als das „einzige Arbeiterblatt“ erklärt.

Es versteht sich von selbst, daß die Redaktion des „Vorwärts“ daraus die Konsequenzen zieht. Solange die Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer an dieser Entschließung festhält, bleibt der redaktionelle Teil des „Vorwärts“ für sie gesperrt.

Zur Wahl im Verband der Schuhmacher.

Morgen, Donnerstag, finden nach einer Mitteilung der Ortsverwaltung die Stichwahlen zum Internationalen Schuh- und Lederarbeiter-Kongreß in London statt. (Wahllokale sind die gleichen wie bei der Hauptwahl.) Bei der Hauptwahl erhielten in den Bezirken 6 und 7, die gemeinsam einen Wahlbezirk bilden, die vier sozialdemokratischen Kandidaten 5869 Stimmen, der eine kommunistische Kandidat (Hoertz, Berlin) 2920 Stimmen. H. erhielt aus Berlin allein 1293 Stimmen. Insgesamt wurden von den 3600 organisierten Kollegen in Berlin 1491 gültige Stimmen abgegeben.

Es gilt bei der Stichwahl, vor allem die säumigen Kollegen zur Wahl heranzuholen, die nicht den kommunistischen Parolen folgen. Das Berliner Resultat zeigt, daß nur ein Drittel der organisierten Kollegen ihre Stimme dem kommunistischen Kandidaten gaben. Der größte Teil der Nichtwähler verhält sich im Verbandsleben passiv, weil er die kommunistischen Methoden und Phrasen ablehnt. Es gilt, diese Kollegen wieder aktiv zu machen. Jeder Gewerkschaftler muß dazu beitragen, daß bei der Stichwahl eine größere Zahl von Kollegen zur Urne geht und seine Stimme für den Kandidaten abgibt, der auf dem Boden der Amsterdamer Internationale steht. Alle Schuhmacher wählen bei der Stichwahl den Genossen

Rudolf Weise, Dresden.

Kundgebungen von Staatsangestellten in Paris.

Paris, 13. Juli. (WTB.) Gestern versuchten weibliche Hilfsangestellte und Angestellte verschiedener Ministerien vor dem Kammergebäude eine Kundgebung zu veranstalten und sich in geschlossenem Zuge nach dem Finanzministerium zu begeben. Sie wurden jedoch von der Polizei zerstreut. Am Nachmittag hatte eine Anzahl staatlicher Hilfsangestellter, denen die Erhöhung der Beamtengehälter nicht zugute kommen soll, auf den Boulevards eine Kundgebung unternommen; sie wurden von der Polizei zerstreut und nahmen dann an einer Protestversammlung teil.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

SPD., 44. Abt.

Am Sonnabend verstarb unser altes Mitglied

Otto Krüger

Reichenberger Str. 28, im 65. Lebensjahre.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Die Einäscherung findet am Donnerstag, dem 14. Juli vorm. 11 Uhr im Krematorium Baumschulenweg statt. Rege Beteiligung erwartet Der Abteilungsvorstand.

Schlafzimmer . . 470,— M.
Speisezimmer . . 270,— „
Herrenzimmer . 285,— „
Wohnzimmer . . 275,— „
Anrichteküchen . 110,— „
Schreibtische . . 95,— „
Ankleideschränke 75,— „
Standuhren . . . 95,— „
Auf Teilzahlung
Möbelhaus Kuntoff
Neukölln, Prinz-Handjerystr. 2

Gerhard Kohnen
Das Haus für Volkskleidung und Berufskleidung
NEUKÖLLN
Hermannstraße 76-77

Auf Teilzahlung
Herren-, Damen-Garderobe
Anzüge, Gummi-Mäntel, Kleider
MÖBEL
bis 18 Monatsraten
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten
Antel Gr. Frankfurter Str. 34 (Strausberger Platz).

Dörffler
WÜRSTCHEN • BOCKWURST
Etwas ganz Besonderes!

Küchen
jetzt bedeutend billiger

	roh	lackiert
„Erika“-Küchen	38 M.	70 M.
Anrichte-Küche „Anna“	70 M.	110 M.
Anrichte-Küche „Berta“	95 M.	145 M.
Anrichte-Küchen „Kiel“	125 M.	170 M.
Kleiderschränke, 90 cm	35 M.	48 M.

Ausstellung feiner Rheinischer Küchen.
Küchenmöbel-Haus
Laserstein, Luckauer Straße 1
Ecke Oranienstr., nahe Moritzplatz

Elektrische Anlagen
10-12 Monatsraten, ev. auch ohne Anzahlung
2 Zimmer 65,—, 3 Zimmer 80,—
4 Zimmer 100,— M. einschl. Küche, Korridor und Bad.
Vertreterbesuch und Kostenanschläge unverbindlich!
G. Joh. Reincke & Co.
Geprüfter Elektromeister
Berlin-Schöneberg, Maxstraße 6.
Stephan 8270.

Marken-Zigaretten
Große Auswahl, billige Preise.
Juno reichlich am Lager
Sommer Markgrafenstr. 23 und Neue Schönhauserstr. 4/5